

## **Strukturelle Stärkung des Tierschutzes**

### **Spricht sich Ihre Partei für die Verbesserung des bestehenden Verbandsklagerechtes in Hamburg aus? Wenn ja, wie wird sie sich dafür einsetzen?**

Die SPD hatte sich dafür eingesetzt, dass es überhaupt ein Verbandsklagerecht gibt. Sie hat das bestehende Verbandsklagerecht also miteingeführt.

### **Wird sich Ihre Partei für die Einführung einer/s hauptamtlicher/n Landestierschutzbeauftragten/r in Hamburg einsetzen?**

Nein, diese Absicht besteht bisher nicht.

### **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als einen wesentlichen Bildungsauftrag anzuerkennen?**

Die Hamburger Schulen unterstützen den Tierschutz und die artgerechte Tierhaltung. Das Thema Tierschutz ist Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung, der in vielen Bereichen der schulischen Bildung fest verankert ist. Insofern erkennen wir Tierschutz schon jetzt als einen wesentlichen Bildungsauftrag im Schulbereich an.

### **Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit der Tierschutz verpflichtend schon ab der Grundschule in die Lehrpläne, die Prüfungsordnungen der Lehrerausbildung sowie in das Schulgesetz aufgenommen wird?**

Das Thema Tierschutz ist Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), der in vielen Bereichen der schulischen Bildung fest verankert ist. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als Grundorientierung für Unterricht und Erziehung und die damit verbundene Kompetenzorientierung ist in einer Vielzahl der Hamburger Rahmenpläne (vor allem relevant ist hier das Aufgabengebiet Umwelterziehung) verankert. Zur Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Schulen setzt die zuständige Behörde Fachreferentinnen und -referenten ein. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung führt kontinuierlich eine große Zahl von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für (angehende) Lehrkräfte zu Themen der Nachhaltigen Entwicklung durch.

Nachhaltigkeit und damit auch Tierschutz sind somit als Thema in allen Bildungsplänen ein verpflichtender Teil und auch Bestandteil in der Lehrerausbildung. Das Hamburgische Schulgesetz formuliert den Bildungs- und Erziehungsauftrag dahingehend, dass sich Bildung und Erziehung an den Werten des Grundgesetzes ausrichten und die Schülerinnen und Schüler befähigt werden sollen, Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt zu übernehmen. Damit ist das Thema Tierschutz auch jetzt schon indirekt Bestandteil des Hamburgischen Schulgesetzes. Eine weitergehende, explizite Erwähnung halten wir vor diesem Hintergrund nicht für nötig.

## **Handel mit Wildtieren/Gefahrtiere**

Es gibt immer mehr gefährliche exotische Tiere in Privathand. Hamburg hat erfreulicherweise bereits sehr wichtige Bestimmungen zu Gefahrtieren erlassen. Dies begrüßen wir ausdrücklich, allerdings sind Positivisten aus unserer Sicht zielführender.

### **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Privathaltung von Wildtieren durch Positivisten zu regulieren?**

Erfahrungen gibt es auf nationaler Ebene in Belgien und den Niederlanden. Wir müssten die Argumente prüfen, ob Positivisten auf der Ebene der Bundesländer überhaupt Sinn machen. Auch Fragen der Handhabbarkeit, der Ausnahmeregelung und des Umgang mit Altfällen müssten rechtssicher geklärt werden.

### **Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Exotenbörsen auf kommunalen Flächen einsetzen?**

Wir müssten prüfen, ob dazu die Möglichkeit besteht. In jedem Fall werden wir die Einhaltung des Tierschutzes durchsetzen.

### **Zudem werden immer mehr exotische Tiere ausgesetzt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Mittel für Tierheime in Hamburg aufstocken, damit diese Tiere artgerecht untergebracht werden können?**

Wir stehen wie bisher für eine auskömmliche Finanzierung des Hamburger Tierheims entsprechend der vertraglich vereinbarten Unterbringung bestimmter Tiere ein.

### **Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus einsetzen, zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative?**

Das haben wir bereits getan und verfolgen das Ziel weiter. Allerdings ist Bundesministerin Julia Klöckner am Zug.

## **Jagd**

### **Strebt Ihre Partei eine Novellierung des Hamburgischen Landesjagdgesetzes an? Wenn ja, welche Änderungen möchten Sie vornehmen?**

Die SPD ist für eine Novelle des Landesjagdgesetzes und dabei sollen sowohl tierschutzrechtliche als auch ökologische Aspekte mitberücksichtigt werden.

**Spricht sich Ihre Partei für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes aus? Fall ja, welche Änderungen würden Sie vornehmen?**

Wir werden zuerst das Hamburgische Jagdgesetz novellieren. Wenn es auf Bundesebene eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes geben sollte, wird sich Hamburg im Rahmen des Bundesratsverfahrens beteiligen und die für Hamburg relevanten Positionen in diesem Verfahren einbringen.

**Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot des Haustierabschlusses aus?**

Im Zuge der Novellierung des Hamburgischen Jagdgesetzes werden wir prüfen, ob ein Verbot des Haustierabschlusses aufgenommen werden sollte.

**Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot besonders grausamer Jagdpraktiken (z.B. Fangjagd mit Totschlag- und Lebendfallen, Fangen und Töten von Tieren im befriedeten Bezirk, Baujagd, Jagdhundeausbildung an lebenden Tieren) aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen?**

Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot besonders grausamer Jagdpraktiken (z.B. Fangjagd mit Totschlag- und Lebendfallen, Fangen und Töten von Tieren im befriedeten Bezirk, Baujagd, Jagdhundeausbildung an lebenden Tieren) aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen?

Eine Überprüfung der Jagdmethoden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auch im Sinne des Tierschutzes halten wir für sinnvoll.

**Die Jägerschaft (beispielsweise im Land Bremen) befürwortet den Abschuss von Wölfen. Spricht sich Ihre Partei für die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht aus?**

Das ist in Hamburg kein relevantes Thema, da Wölfe diese Gebiete meist nur auf ihren Wanderungen gen Norden oder Osten durchstreifen.

**Spricht sich Ihre Partei für einen regelmäßigen Nachweis der Schießfertigkeit aus?**

Mit diesem Thema haben wir uns bisher nicht befasst. Grundsätzlich sollte jedoch die Schießfertigkeit auch nach der Jägerprüfung fortbestehen und hinreichend erhalten bleiben.

**Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagdfreistellung von Grundbesitz durch den Eigentümer deutlich vereinfacht wird und auch juristische Personen die Jagdfreistellung von Grundbesitz gemäß § 6a BJagdG beantragen können?**

Die Jagdfreistellung ist im Bundesjagdgesetz (BJagdG, § 6a) geregelt. Eine entsprechende Klarstellung bezüglich der Thematik muss somit im Bundesrecht erfolgen. Siehe auch Antwort zur zweiten Frage nach der Novelle des Bundesjagdgesetzes.

## Zoo

**Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die rechtswidrige Praktik, des Flugunfähigmachens von Zoovögeln konsequent unterbunden werden? Wie will sie das in Hamburg umsetzen?**

Wir werden prüfen, ob und mit welcher Begründung diese Praktik in Hamburg angewandt wird.

**Wird ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die zoologischen Einrichtungen alle aktuellen Haltungsvorgaben vollumfänglich erfüllen?**

Ja, insofern das rechtlich geboten und durchsetzbar ist.

**Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass alle zoologischen Einrichtungen nach §42 BNatSchG die naturschutzrechtlichen Vorschriften vollumfänglich erfüllen und entsprechend genehmigt werden oder anderenfalls konsequent geschlossen werden?**

Das Bundesnaturschutzgesetz gilt ebenso wie das Tierschutzgesetz.